

# RS OGH 2008/9/24 7Ob118/08s

JUSLINE Entscheidung

© Veröffentlicht am 24.09.2008

## Norm

KO §19 Abs1

AO §19 Abs1

## Rechtssatz

Der Oberste Gerichtshof schließt sich nunmehr unter Abgehen von der durch SZ 31/149 begründeten Rechtsprechung (RIS-Justiz RS0051601) der mittlerweile überwiegenden Rechtsansicht an, dass Gläubiger von der ihnen durch das Gesetz in §§ 19, 20 KO und AO eingeräumten Aufrechnungsmöglichkeit auch noch nach Beendigung des Insolvenzverfahrens Gebrauch machen können, wenn sie während des Ausgleichsverfahrens keine Aufrechnungserklärung abgegeben haben. Sie sind nicht auf die Quote beschränkt. Dies entspricht den §§ 19 Abs 1 KO und AO, denen sonst kaum Bedeutung zukäme. Die vom Gesetz gewollte Begünstigung des Aufrechnungsgläubigers ergibt sich bereits aus den §§ 19 KO und AO und trägt der oben dargelegten Sonderstellung des Aufrechnungsberechtigten Rechnung.

## Entscheidungstexte

- 7 Ob 118/08s

Entscheidungstext OGH 24.09.2008 7 Ob 118/08s

## European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:OGH0002:2008:RS0124179

## Zuletzt aktualisiert am

01.04.2010

**Quelle:** Oberster Gerichtshof (und OLG, LG, BG) OGH, <http://www.ogh.gv.at>